

- Persistenter Identifier:** 1571051867188_1979
- Titel:** ARCH+ : Zeitschrift für Architekten, Stadtplaner, Sozialarbeiter und kommunalpolitische Gruppen
- Ort:** Stuttgart
- Datierung:** 1979
- Strukturtyp:** volume
- Lizenz:** [Rechte vorbehalten - Freier Zugang](#)
- PURL:** https://digibus.ub.uni-stuttgart.de/viewer/image/1571051867188_1979/1/
-
- Abschnitt:** Betrifft: Stadtentwicklung in der Krise
- Autor:** Krau, Ingrid
- Strukturtyp:** article
- Lizenz:** [Rechte vorbehalten - Freier Zugang](#)
- PURL:** https://digibus.ub.uni-stuttgart.de/viewer/image/1571051867188_1979/88/LOG_0036/

geben wollten, war zunächst eine gewisse methodologische Unsicherheit festzustellen: das „ökonomistische“ Staatsverständnis (LÄPPE, Holland), der Drang zur soziologischen Formalisierung der städtischen Bewegungen (CHERKI/MEHL, Frankreich) (direkte Gegenüberlegungen dazu stellte INDOVINA, Italien, in seinem Beitrag über den potentiellen „Klassencharakter“ der städtischen Bewegungen dar) und die subjektiv-moralische Einschätzung der lokalen Staatsapparate (BORJA, Spanien) waren noch anwesend. Aber im Großen und Ganzen war jener Ansatz dominant, der eine der wichtigsten Errungenschaften der theoretischen Praxis der „Neuen Linken“ zu sein scheint: jenseits des ökonomischen Determinismus und des Glaubens an die „eiserne Logik des Kapitals“ die Wirklichkeiten des Klassenkampfes und des sozialen Konfliktes wieder in den Mittelpunkt der Gesellschaftsbetrachtung zu stellen und auf sie auch die staatlichen Funktionen und Handlungsformen zu beziehen: der Staat als parteilicher „Vermittler“ und die Stadt — die gemeinschaftlichen öffentlichen Dienstleistungen — als Ergebnis dieser parteilichen „Vermittlung“.

Die Krise — die fiskalische und administrative des Staates, die der Stadt und der gemeinschaftlichen öffentlichen Dienstleistungen — wurde im Zusammenhang mit den neuen Interventionsformen des Staates bei der Unterstützung der Akkumulation des Kapitals erklärt, die im Begriff der „Restrukturierung“ oder „Rekapitalisierung des Kapitals“ erfaßt wurden. Die Beiträge über die jüngste Wende der staatlichen Wohnungsbaupolitik (HAROE und MUGNAIONI, England; PRETECEILLE, Frankreich), über die neuere Entwicklung der rechtlichen, fiskalischen und administrativen Bedingungen der Stadtplanung (SERVINI, Italien) sowie über verschiedene Alternativen der „Krisenlösung“ (EVERS, BRD) zeigten die internationalen Züge der unter „Rekapitalisierung“ gemeinten neuen Produktionsform der gesellschaftlichen Produktion“ (MARX, Deutschland) und ihre konfliktreichen Auswirkungen. Bei den heute dominierenden Krisenlösungsversuchen geht es grundsätzlich um die staatliche geförderte Erweiterung der Profitzonen des privaten Kapitals — entweder durch direkte finanzielle Unterstützung der Produktion oder durch eine wesentliche Umorganisation der Produktionsform und Bereitstellung gemeinschaftlicher öffentlicher Dienstleistungen. Letzteres bedeutet allerdings nicht den Rückzug des Staates aus diesem Bereich, der von zentraler Bedeutung für das System bleibt (gesellschaftliche Legitimation des Staates, Sicherstellung der gesellschaftlichen Produktions- und Reproduktionsbedingungen für das Kapital und die Arbeitskraft, Notwendigkeit politischer Antworten des Staates auf die sozialen Protestbewegungen), sondern es bedeutet vielmehr Teilprivatisierung oder vor allem — durch neue Finanzierungsmodi — zunehmende Integration der gemeinschaftlichen Dienstleistungen

in den kapitalistischen Verwertungsmechanismus und ihre „Kolonisierung“ durch das private Kapital.

Wichtig war die theoretische Reflexion über das in dieser Strategie der „Rekapitalisierung“ tatsächlich enthaltene Konfliktpotential. Erklärbar wird es, wenn man die These akzeptiert, daß die Hauptfunktion des Staates nicht die Organisation der Wirtschaft (mechanische Antworten auf unmittelbar kapitalistische Bedürfnisse zu geben), sondern vielmehr die Organisation der Gesellschaft (den Klassenkampf und den sozialen Protest zu „integrieren“ ist (INDOVINA, Italien).

Zum einen erfordert die „Rekapitalisierung“ eine radikale Zentralisierung der öffentlichen Investitionspolitik und Planung; zum anderen bedeutet sie eine andere Akzentsetzung in der historischen Natur der gemeinschaftlichen öffentlichen Dienstleistungen, wobei es dann mehr um die Realisierung ihres Charakters als Wertträger und die Zurückdrängung ihres Gebrauchswertes geht.

Damit verschärfen sich zunächst die Konflikte zwischen den zentralen und den lokalen Staatsorganen, und zwar nicht so sehr weil — vor allem durch die fiskalische Politik — die lokalen Instanzen ihrer Planungsinitiative praktisch beraubt werden, sondern weil sie zum Ausführer einer zentral vermittelten Produktions- und Distributionsform von Dienstleistungen dequalifiziert werden, die gerade im lokalen Kontext auf den Widerstand der Bevölkerung stoßen und den unmittelbaren Interessen der lokalen Kapitalien zuwiderlaufen. Das wurde exemplarisch für Italien (MARCELLONI) gezeigt, wo gerade nach Vollendung der lokalen Autonomie in den letzten Jahren und nach dem jüngsten kommunalen Wahlsieg der Linken die Kommune die Initiative gegenüber dem Zentralstaat weitgehend verloren hat und sogar gutbewährte „Integrations“-Instrumente auf lokaler Ebene, wie die „Partizipation“, sich abgestumpft haben.

Ingrid Krau

Betrifft: Stadtentwicklung in der Krise

Zu den beiden Artikeln von Uli Hellweg (ARCH+ 38 und 40/41)

Nun doch noch eine (späte) Kritik an den Artikeln. Zunächst hatte ich sie nach Diskussionen mit Planerkollegen im Ruhrgebiet und mit dem Verfasser zu den Akten getan: war es nicht doch nur Verärgerung, daß einer, der erst kurze Zeit im Ruhrgebiet ist, die große Zusammenschau schreibt, die doch eigentlich von all jenen kritischen Planern, die in den Ruhrgebietsrathäusern sitzen, kommen müßte?

Genau dies ist der Punkt: die Aacheener Tagung „Die Stadt in der Krise — Gibt es Alternativen für Planung und Planer?“ am 2./3.2., die ganz wesentlich von Planern aus dem Ruhrgebiet getragen wurde, hat demonstriert, daß es keine kollektive Selbstbehauptung

Bezüglich der städtischen Bewegungen, die sich, wie in mehreren Beiträgen gezeigt wurde, seit ein paar Jahren in der Krise befinden, bedeutet das zweierlei: einerseits eine strukturelle Verschlechterung ihres traditionellen Kampfgegenstandes — die Stadt, die öffentlichen Dienstleistungen —, deren Konsum — nun stärker dem kapitalistischen Verwertungsprozeß unterworfen — die Marginalisierung und die Ungleichheit der Aneignungschancen weiter verschärft; aber gleichzeitig verlagert sich das Feld der sozialen Auseinandersetzungen von den städtischen auf allgemein-gesellschaftliche Konflikte, die die neue zentralstaatliche Politik unmittelbar hervorruft (Marginalisierung, Arbeitslosigkeit usw.).

Die damit zusammenhängenden Fragen nach dem Korporativismus, dem engen Syndikalismus, der den neuen Kampfformen durch die selektive Sektorenpolitik des Staates aufgetrocyt werden; nach den Folgen aus dem Verlust von „Integrations“-Kraft bei den lokalen Staatsorganen (im Zusammenhang mit ihrem Verlust an „Aufgaben“, der Marginalisierung der autonomen Stadtpolitik und des Urbanismus); nach der Übertragbarkeit von gemachten Kampferfahrungen auf die Länder, die, wie Portugal und Spanien, die demokratische Bühne Europas gerade betreten, usw. — das sind Fragen, die dieser Kongreß aufgeworfen, aber nicht beantwortet hat. Hier liegt sicherlich ein Manko, an dem die kompakte Organisation, die kaum Raum für die kollektive Diskussion zuließ, z.T. schuldig war. Das große Verdienst: Fragen, mit denen man schon lange hantiert hatte, anders zu stellen: in der historischen Analyse der sozialen und politischen Praxen und nicht weiter in der logisch-dogmatischen Betrachtungsweise; in übernationalem Zusammenhang Denkrichtungen für eine Vertiefung der Probleme anzugeben. Der Nachkriegsmarxismus hat allzu lange an der „Logik“ und dem „Provinzialismus“ gelitten.

der kritischen Planer gibt. Noch der Schritt von mehreren von uns, die Berufstätigkeit im Rathaus aufzugeben, ist für jeden ganz und gar individualistisch determiniert. Genauso das Verhältnis zum Veröffentlichlichen und eben auch zum Kritiken schreiben.

Ich möchte U. Hellweg also nicht kritisieren, weil er allein das versucht, was kollektiv nicht passiert ist. Dies um so weniger als ich aus dem Interesse etlicher Studenten, die über das Ruhrgebiet arbeiten und die die beiden Artikel mit großem Interesse zur Hand nahmen, ableite, daß eine kritische Einschätzung der politisch-ökonomischen Entwicklung im Ruhrgebiet und der politischen Planung, der hier ein

so hoher Stellenwert beigemessen wird, ihren Sinn hat. Meine Kritik bezieht sich auf einige inhaltliche Punkte und daraus folgende politische Einschätzungen, die ich für zu unpräzise unpräzise und daher irreführend halte und die richtet sich in erster Linie an diejenigen, die mit beiden Artikeln arbeiten wollen:

1. Die Kapitalkonzentration und -fusion, die immer mehr Großindustrien im Ruhrgebiet entscheidungsmäßig zusammenbindet und zur räumlichen Konzentration der Produktion auf weniger aber immer größere Anlagen führt, wird nur ganz nebenher erwähnt, nicht aber als Ursache der zunehmenden Differenzierung der Teilräume innerhalb des Ruhrgebiets in Agglomerations- und Deglomerationsräume entwickelt. (Man denke nur an die regionalen Folgen, die sich aus der Thyssen-Rheinstahl-Fusion und der folgenden Produktionsbereinigung mit Betriebsschließungen und -verlagerungen ergeben haben.) Diese Unterlassung hat Folgen für die Artikel:

- Die mit der Kapitalübernahme häufig verbundene Reduzierung/Rationalisierung/Schließung alter Großindustrien an den Orten geringerer Standortgunst, führt nur dann zur Bereitschaft der Konzerne, sich von den Grundstücken zu trennen, wenn eindeutig klar ist, daß kein Zukunftsinteresse an der Lage besteht (die extensive Bodenvorrathaltung der Montanindustrie mit Versagung von Zwischennutzungen ist bereits ein historisches Strukturphänomen des Ruhrgebiets): der planerische Zugriff, erste Voraussetzung der „Spielräume“ bleibt damit weitgehend verwehrt.
- Die Städte, aus denen sich die großen Konzerne vollends herausziehen scheinen, bleiben dennoch in ihrem Einflußbereich. Die gewünschte Diversifikation innerhalb der Konzernstrukturen hat zu einem weitverzweigten wirtschaftlichen Engagement der Großen der Montan- und Energieindustrie und der daraus hervorgegangenen Handelsunternehmungen besonders innerhalb des Ruhrgebiets geführt. Man denke nur an das derzeitige Geschäft zwischen VEBA und BP, an dem über den Bergemann-Pool auch die Stahlindustrie beteiligt ist.¹⁾ Das wirtschaftliche Engagement der Großen geht schließlich herunter bis zur Ebene der Einkaufszentren am Ruhrschnellweg und der Supermärkte in den Stadtteilen. Mir scheint, daß diese zunehmenden Beteiligungsverhältnisse und Absprachen hinsichtlich der Auswirkungen auf die „Spielräume“ und Dispositionsmöglichkeiten der Kommunen weitgehend noch durchdacht werden müssen (siehe dazu auch Punkt 3 weiter unten).

2. Die Symptome Arbeitsplatzvernichtung und kommunale Einnahmeverluste sind nicht notwendig nur — wie in den Artikeln dargestellt — Folge des Kapitalrückzugs; gerade an den Or-

ten verstärkter Kapitalinvestition (so z.B. in Duisburg) sind der Rationalisierungseffekt, wie auch die Verdrängung kleinerer Unternehmen so stark, daß sogar eine negative Spitzenposition bei beiden Symptomen erreicht wird.

3. Die gerade für die Ruhrgebietsräte so typische Form des Hineinragens von Konzerninteressen ist in keiner ihrer vielfältigen Formen angesprochen:

- die Ratsherrenmandate, die von Leitenden Angestellten der Konzerne wahrgenommen werden
- das Bemühen der Absicherung auch über den arbeitnehmerorientierten Flügel, über Gewerkschaftsfunktionäre im Rat
- die Aufnahme kommunaler Spitzenbeamter in die Aufsichtsräte
- umfangreicher Besitz an Boden und Wohnbestand
- die Absicherung von Vorentscheidungen über Regional- und Landesplanung.

Mögliche und offenkundige Zwänge für die kommunale Planungs- und Entscheidungsrealität werden durch das Nichterörtern dieser Strukturen nicht deutlich. Damit wird m.E. der im ersten Artikel formulierte Anspruch, die Entwicklungsbedingungen der Stadt in der Krise für das Ruhrgebiet aus den politisch-ökonomischen Determinanten der Agglomerationsentwicklung abzuleiten, nicht eingelöst.

Ich möchte nicht mißverstanden werden: die Frage, wie sich die vielfältigen Initiativansätze im Ruhrgebiet so emanzipieren, daß daraus tatsächliche alternative Politik auf lokaler Ebene wird, die Erfolge in der Verbesserung der Lebensbedingungen verbucht, ist eine äußerst wichtige. Und da finde ich das Fragen aufwerfen von U.H. gut und nützlich. Nur weckt er (warum nur?) Illusionen über die Kooperationsfähigkeit der kommunalen Organe. Die gedankliche Linie „relativ nachlassender Verwertungsdruck“ gleich relativ wachsende Freiheit der kommunalen Spitzenbeamten und -politiker gleich politische Chancen der Initiativen bezeichnet angesichts der realen Entwicklung m.E. allenfalls eine glückliche Ausnahmesituation. Was kann an „bevormundungsfreier Unterstützung von Initiativen durch den Oberbürgermeister“ übrigbleiben, wenn sie an den euralgischen Konflikt zwischen wirtschaftlichen Interessen und Lebensqualität rühren? Ob nach den heutigen Erfahrungen der Umweltschutz-Bewegungen ein perspektivisches Hineinwachsen der „entstehenden politisch-sozialen Bewegungen“ in einen „historischen Block“, also in ein breites politisches Bündnis zur Verbesserung der Lebensbedingungen noch vorstellbar ist, bleibt für mich eine große Frage. Oder ist Emanzipation dieser Bewegung nicht doch etwas ganz anderes?

Illusionen scheinen mir auch noch

auf einer anderen Ebene zu bestehen: Die „Verschärfung räumlicher Disparitäten“ wird als Entwicklung der 70er Jahre dargestellt und als Anbruch einer neuen Zeit der Wirtschaftsentwicklung gesehen, für die *nun erst* die Reformpolitik sich als untauglich erweise. Tatsächlich aber ist diese räumliche Differenzierung bereits mit der großen technologischen Umbruchphase des Bergbaus, beginnend Ende der 50er Jahre, und der der Stahlindustrie, beginnend in den 60er Jahren, induziert. Die direkte Staatsintervention im Bergbau und die indirekten staatlichen Strukturhilfen für die Stahlindustrie, sind nie wesentlich durch die reformpolitischen Ansätze der Gleichentwicklung der Teilräume der Region infrage gestellt oder gar gestört worden. Die Reformpolitik kann also sicher nicht als eine, die sich über die kapitalistischen Verwertungsbedingungen hinwegsetzt, bezeichnet werden. Im Gegenteil: die reformpolitischen Zielsetzungen

- Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs
 - größere Durchlässigkeit des Bildungssystems
 - Ausbau von Siedlungsschwerpunkten und Stadt- und Stadtteilzentren
- waren ganz wesentlich auf die Erhöhung der Mobilität der Arbeitskraft, mithin auf wirtschaftliche Notwendigkeiten orientiert. Ihre „Fortschrittlichkeit“ lag darin, daß sie mehr Lebensqualität versprach. Aber eben erst auf der Grundlage des Verlusts des alten Arbeitsplatzes, des längeren Arbeitsweges und des Verlusts der billigeren Wohnung. Es waren im Endeffekt sehr ambivalente Strukturreformansätze, die bei konsequentem Durchdenken konkreter Utopien, die die Siedlungsstrukturen des Ruhrgebiets zugunsten der Interessen der abhängig Beschäftigten zu ändern suchen, sicher nicht das Ergebnis sein können. Insoweit kann man wohl auch nicht schlechthin von den verteidigungswerten Ansätzen der Reformphase reden.

Ich frage mich überhaupt, haben wir diese Illusionen nötig, wenn es um das Weiterentwickeln konkreter Maßnahmen geht, die die Lebensumwelt der arbeitenden Bevölkerung im Ruhrgebiet grundlegend verbessern sollen? Dennoch verstehe ich U.H. sehr gut, wenn er diese politischen Vorstellungen als konkrete Utopie bezeichnet. Denn in der Planungspraxis drängt sich bei jedem alternativen Bleistiftstrich die Frage der Durchsetzung auf, bzw. läßt sie ihn erst gar nicht mehr zustande kommen. Um so notwendiger die konkrete Phantasie auch und vor allem auf die Verbesserung dieser Lebensumwelt zu beziehen.